

Die Tafeln, der Sozialstaat und der Kampf gegen die Verschwendung – Anmerkungen aus der Perspektive einer Gewerkschafterin

REGINA GÖRNER

Eigentlich dürfte es sie gar nicht geben – die »Tafeln«. Eigentlich sollte ein Sozialstaat so ausgerichtet sein, dass alle BürgerInnen ihr Auskommen haben und dass sie so versorgt sind, dass Suppenküchen, Lebensmittelgaben oder ähnliches nur noch eine Erinnerung an graue Vorzeiten darstellen würden. Für GewerkschafterInnen ist das eine unverzichtbare Forderung.

Sozialstaat als historische Leistung

Die gesellschaftliche Sorge für die Armen hat in Europa eine lange Tradition. Im Christentum waren die Gläubigen verpflichtet, sich der Armen und Bedürftigen anzunehmen und Benachteiligte und Diskriminierte zu unterstützen. Das Neue Testament überliefert den Satz »Was ihr dem geringsten meiner Brüder tut, das habt ihr mir getan.«, als Aussage Jesu und stellt damit den Zusammenhang zwischen der Sorge für die Armen und dem Gottesdienst her. Armenfürsorge ist danach Gottes-

dienst. So ist es kein Wunder, dass die Solidarität mit den Armen eine der wesentlichen Christenpflichten darstellt. Für das Mönchtum ist die Bereitschaft zu freiwilliger Armut Ausdruck höchster Tugend.

In der schnöden Wirklichkeit blieb die Umsetzung solcher Ziele zumeist ein frommer Wunsch, aber der religiöse Anspruch hat sich doch im gesellschaftlichen Bewusstsein bis auf den heutigen Tag so weit niedergeschlagen, dass man sich in einer zivilisierten Gesellschaft nicht vorstellen kann, Arme mit ihrer Lage einfach allein zu lassen. Längst wird es als ein Menschenrecht verstanden, dass jeder über das Existenzminimum verfügen können muss und dass der Staat selbstverständlich die Pflicht hat, dieses Existenzminimum zu garantieren.

In einer archaischen Gesellschaft mit geringer Mobilität hatte man sich mit der Vorstellung zufriedengegeben, dass persönliche Netzwerke wie Familie oder Dorfgemeinschaft, Zunft oder Bruderschaft den Einzelnen aufzufangen hätten, wenn er in Not geriete und sich selbst nicht mehr helfen könnte. Spätestens, als mit der Industrialisierung und der damit wachsenden Mobilität diese Netzwerke ihre Bindekraft verloren, wurde deutlich, dass Armutsbekämpfung nicht mehr der selbstorganisierten Mildtätigkeit überlassen werden konnte.

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wird daher immer stärker vom Staat gefordert, dass er über eine regelrechte Sozialpolitik Armut bekämpfen und Menschen in existentiellen Notlagen versorgen müsse. Gewerkschaften, aus dem Selbsthilfegedanken heraus entstanden, haben bald die Erfahrung gemacht, dass sie allein nicht die Kraft hatten, die Risiken von Arbeitslosigkeit, Alter und Krankheit so abzusichern, dass ihre Mitglieder der ständigen Bedrohung durch Armut entgehen konnten. Sie haben deshalb schon bald nach ihrer Entstehung gefordert, dass der Staat seine Laissez-faire-Haltung gegenüber der Armutsfrage aufgeben müsse und nicht nur verpflichtet sei, arme Menschen zu unterstützen, sondern darüber hinaus auch Strukturen zu schaffen, die das Entstehen von Armut im Vorhinein bekämpfen konnten. Die private Mildtätigkeit kann ja genau das nicht leisten.

Die modernen Sozialstaaten sind aus dieser Bemühung heraus entstanden, aber nicht überall konnten sie durchgesetzt werden. Vor allem im angelsächsischen Bereich blieben die An-

hängerInnen eines Laissez-faire-Staates, der die Armutsbekämpfung dem privaten Engagement der Individuen überließ, einflussreich. Der Neoliberalismus, der seit den 80er Jahren weltweit immer mehr an Bedeutung gewann, hat seinen Ausgangspunkt in Ländern genommen, die nicht über eine wirkliche sozialstaatliche Tradition verfügten. Mittlerweile sind die Sozialstaaten dadurch überall unter Druck geraten. Oft waren die GewerkschafterInnen mehr oder weniger die Einzigen, die die Verpflichtung des Staates für die Wohlfahrt seiner BürgerInnen weiter eingefordert haben. Man kann nur hoffen, dass die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise die Position derjenigen gestärkt hat, die den Staat in einer aktiven Rolle für die Gewährleistung des sozialen Ausgleichs sehen. Entschieden ist dies noch keineswegs, aber es stimmt tröstlich, dass inzwischen die Theorie der Sozialen Marktwirtschaft in gesellschaftlichen Debatten wieder Einzug gehalten hat und ihre AnhängerInnen nicht mehr rundweg der Lächerlichkeit preisgegeben werden.

Soziales Engagement der Gewerkschaften

GewerkschafterInnen sind aus den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte heraus außerordentlich sensibel, wenn es um die Frage des Verhältnisses von Staat und privatem Engagement geht. Allzu oft haben sie zusehen müssen, wie die Staaten sich zentraler Aufgaben entledigt und sie in die Verantwortung der Individuen verschoben haben. Folglich wird gegenüber ehrenamtlichem Engagement – und das schließt die freigemeinnützigen Träger in gewissem Sinne ein! – immer zunächst Skepsis geäußert, ob hier möglicherweise ein neuer Verschiebebahnhof entsteht, der es den Laissez-faire-Propagandisten erlaubt, den Sozialstaat zu schleifen. Leider sind diese Befürchtungen ja auch nicht einfach von der Hand zu weisen.

Deshalb gilt aus gewerkschaftlicher Sicht ein Grundsatz: Was immer an ergänzenden Armutsdiensten von privaten oder von freien Trägern aufgebaut wird, darf nicht dazu dienen, den Rückzug des Staates aus der Verantwortung zu legitimieren oder gar zu befördern. Es muss folglich genau darauf geachtet werden, dass aus dem »ergänzend« nicht einfach ein »ersetzend« wird.

Aber wer von »ergänzenden« Diensten spricht und das auch ernst meint, setzt immer eine Grundstruktur voraus, die die Basis der erforderlichen Versorgung sicherstellt. Deshalb werden GewerkschafterInnen auch von den freien Trägern immer erwarten, dass sie unseren Kampf für die Aufrechterhaltung des Sozialstaats unterstützen und sich nicht als Ersatz des Sozialstaates einvernehmen lassen. In der Praxis der Verbände ist dies ja eigentlich auch kein Problem, aber wir nehmen sehr wohl wahr, dass die Politik in viel zu vielen Fällen ihre ureigensten Aufgaben gern bei den freigemeinnützigen Trägern ablädt – und die Wirtschaft und viele andere in dieser Gesellschaft, die Beiträge zur Finanzierung und Aufrechterhaltung des Sozialstaates leisten müssten, ermutigen sie dazu ja permanent.

Fakt ist allerdings, dass mit der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse bei gleichzeitiger Zurückdrängung des Staates das Armutsproblem heute stärker denn je auf den Nägeln brennt. Auch Menschen, die erwerbstätig sind, sind in einer in der bundesrepublikanischen Geschichte bisher nie dagewesenen Weise von Armut bedroht. Der gesetzliche Mindestlohn, für den die Gewerkschaften in Deutschland kämpfen, wäre z. B. ein Stück der Basisversorgung, die der Staat sicherstellen müsste, wenn er Armut ernsthaft bekämpfen und nicht nur an den Symptomen herumkurieren wollte. Aber er ist immer noch in weiter Ferne. Die neue Bundesregierung lehnt das Thema für sich bisher dezidiert ab und nimmt damit in Kauf, dass immer mehr Menschen in die Armutsfalle geraten, aus der sie nur mit mehr staatlicher Unterstützung wieder herauskommen können.

Wenigstens konnte bei den Koalitionsverhandlungen der neoliberale Versuch, mit dem bedingungslosen Grundeinkommen den Unternehmen einen weiteren Freibrief für die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse auszustellen, verhindert werden. Spätestens in der Krise müsste der/dem ein oder anderen PolitikerIn dämmern, dass man mit der Hartz-Gesetzgebung in vielen Fällen den Versuch unternommen hat, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben.

Die perverse Widersprüchlichkeit des Laissez-faire-Staatsprinzips wird inzwischen unübersehbar: Der Staat zieht sich zurück auf die Rolle der Pflasterkastenpolitik und sorgt damit dafür, dass der Bedarf an Pflastern ins Unermessliche steigt. Und nun sollen die Pflaster mehr und mehr von den sogenann-

ten »ergänzenden« Armutsdiensten kommen, und damit werden die Ergänzungen mehr und mehr zur Hauptsache. Gewerkschaften können dies nicht gutheißen und das werden sie auch nicht.

Deshalb werden sie zu keinem Zeitpunkt die »ergänzenden« Dienste als ein normales Instrument im Fächer sozialer Sicherung betrachten können, das man begrüßen, fördern und ausweiten muss. Das Gegenteil ist der Fall: Man muss bedauern, dass es sie gibt, man muss alles dafür tun, dass sie überflüssig werden und man muss sie zurückdrängen, so gut es geht.

Konfliktfeld »ergänzende« Dienste

Es läge daher nahe, aus gewerkschaftlicher Perspektive das »Tafel-Konzept« generell abzulehnen, weil es die unbedingt löungsbedürftigen Probleme verschleiert und den Deregulierern und Laisser-faire-Fetischisten den Vorwand liefert, ihr Unwesen ungehemmt weiter zu treiben. Und es wäre so schön, wenn man ein klares »Der Staat ist verantwortlich – basta, aus!« zur Norm machen könnte. Es ist ziemlich attraktiv, sich die widerspruchsfreie Welt eines Staates vorzustellen, der für alles zuständig ist.

Das Konzept der »ergänzenden« Dienste ist demgegenüber ein Feld beständiger Konflikte: Wie groß und leistungsfähig muss die Basisversorgung durch den Staat eigentlich sein und wie viel kann oder muss man dem ergänzenden Bereich überlassen? Das ist natürlich nicht für alle Zeiten objektiv zu definieren, sondern muss immer wieder neu gesellschaftlich ausgehandelt werden. Das ist außerordentlich mühsam und eigentlich eine Sisyphearbeit, bei der man immer wieder von vorn anfangen muss.

Aber auch das »Nur der Staat«-Konzept hat seine Tücken. Wenn man nicht nur auf ein paar flotte Wahlkampfsprüche aus ist, wird schnell deutlich, dass hier geklärt werden muss, wer wann was und wie viel dafür zahlen muss. Und auch hier braucht man Überzeugungskraft und ausreichend gesellschaftlichen Einfluss, wenn nicht hinterher diejenigen, die man schützen wollte, selbst die Zeche für den Schutz zahlen sollen.

Es hilft also nichts: Es geht zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedenfalls kein Weg vorbei an den »ergänzenden« Diensten – schon um der Menschen willen, die Hilfe brauchen und die wir als GewerkschafterInnen nicht auf dem Altar strategischer Grundüberlegungen opfern wollen. Solange wir nicht die Kraft haben, den Staat wirklich in die Verantwortung zu nehmen, müssen wir dankbar dafür sein, dass die »ergänzenden« Dienste die Menschen mit ihren Problemen nicht allein lassen.

Gewerkschaften tun sich mit solchen ehrenamtlichen Diensten natürlich noch aus einem anderen Grund schwer: Wir stehen für die Möglichkeit der Menschen, sich ihren Lebensunterhalt über Erwerbstätigkeit zu sichern. Und deshalb beobachten wir jeden Versuch mit großer Skepsis, bei dem reguläre Erwerbstätigkeit durch un- oder gering bezahlte Arbeit ersetzt wird.

Wir haben in den letzten Jahrzehnten vor allem im sozialen Bereich und im öffentlichen Dienst damit ausreichend schlechte Erfahrungen machen müssen. Ich erinnere nur an die 1-Euro-Jobs oder an manche Arbeitsbeschaffungs-Maßnahme, die im öffentlichen Dienst viele, viele Planstellen gekostet hat.

Und natürlich wissen wir, dass die Billig- oder Billigstkonkurrenz die geregelte Arbeit beständig unter Druck bringt. Und das ist ja von Vielen auch ausdrücklich gewollt, auch wenn die öffentlichen und auch die frei-gemeinnützigen Arbeitgeber das gern weit von sich weisen. Die fortschreitende Prekarisierung der Arbeitswelt in den letzten zwei Jahrzehnten ist dafür allerdings der Gegenbeweis: Prekäre Arbeit ist zum Renner geworden, geregelte Arbeit ist mehr und mehr geschwunden. Das können und werden Gewerkschaften nie akzeptieren.

Gewerkschaften sind natürlich nicht gegen ehrenamtliches Engagement. Das wäre auch töricht, denn sie könnten gar nicht existieren ohne ihre Ehrenamtlichen. Die tausenden von ehrenamtlichen FunktionärInnen im Betrieb – Freigestellte sind ja die Ausnahme! – sind das Rückgrat gewerkschaftlicher Organisation. Wir wissen um seinen Wert. Es ist unbezahlbar. Aber natürlich fragen wir immer, ob ehrenamtliche Tätigkeit das Angebot geregelter Erwerbsarbeit beschneidet und zurückdrängt oder nicht. Natürlich sind die Grenzen da fließend. Für Gewerkschaften liegt es nahe, zunächst eher skeptisch zu sein. Es muss

also die Frage gestellt werden, ob bei den »Tafeln« geregelte Arbeit verdrängt wird oder nicht.

Das Zuviel an Lebensmitteln

Es ist absurd, dass wir in unserer Gesellschaft Tag für Tag Lebensmittel, die einem hohen Qualitätsstandard nicht mehr vollständig entsprechen, vernichten, während gleichzeitig Menschen nicht in der Lage sind, sich ausreichend und einigermaßen abwechslungsreich zu ernähren. Aus Gründen des Verbraucherschutzes muss vom Handel erwartet werden, dass er seinen KundInnen qualitativ hochwertige Lebensmittel anbietet, die ihr Geld nicht nur am Einkaufstag wert sind. Lebensmittel sind verderblich und ihre Qualität sinkt mit der Zeit der Aufbewahrung. Es ist das Recht der VerbraucherInnen, dass ein Produkt, das sie/er kauft, unter zumutbaren Bedingungen nutzbar ist. KäuferInnen sollen nur dann gezwungen sein, ein Lebensmittel unmittelbar zu verbrauchen, wenn es aus der Natur der Sache heraus geboten ist. Es ist deshalb ein großer Fortschritt, dass heute bei abgepackten Lebensmitteln generell angegeben werden muss, bis zu welchem Zeitpunkt das Produkt ohne Einschränkung gehandelt werden darf.

Viele wissen nicht, dass auch nach diesem Zeitpunkt, die entsprechenden Nahrungsmittel noch eine ganze Weile ohne irgendeine Gesundheitsgefährdung oder maßgebliche Qualitätsmängel genutzt werden können. Sie sind lediglich den Preis nicht mehr wert, den man für ein absolut frisches Produkt zu zahlen bereit ist. Gehandelt werden dürfen diese Lebensmittel nach dem »Verfallsdatum« also nicht mehr, aber verwendet werden können sie dennoch noch eine Weile ohne Risiko.

Der Gedanke, sie Bedürftigen kostenlos zukommen zu lassen, ist vielen Verantwortlichen in der Lebensmittelbranche schon häufig gekommen, aber das nicht wirklich planbare Anfallen der abgelaufenen Ware und die logistischen Probleme auf dem Weg zum »Kunden« sind nur schwer zu lösen. Lebensmittelhändler scheuen den Aufwand, der damit verbunden ist, und ziehen deshalb die unaufwändige Lösung vor: Die abgelaufenen Lebensmittel werden einfach vernichtet. Die Kosten dafür halten sich in Grenzen.

Geregelte Arbeit hat es deshalb in dem Bereich, in dem die »Tafeln« agieren, bisher nicht gegeben. Eine Verdrängung ist daher nicht möglich. Die Aktivität der »Tafeln« ist zusätzlich, »ergänzend«. Natürlich muss man redlicherweise noch fragen, ob man sich hier geregelte Arbeit vorstellen könnte. Die Frage würde ich nicht generell mit nein beantworten, aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt scheint es mir jedenfalls überhaupt nicht erwartbar, dass sich private Anbieter in diesem Feld tummeln könnten – dafür sind die logistischen Probleme zu schwierig und Geld ist damit ja nicht mehr zu machen. Und auch wenn theoretisch denkbar ist, dass der Staat hier aktiv werden könnte, spricht doch nichts dafür, anzunehmen, dass der Verzicht auf diese ehrenamtlichen Tätigkeiten die Kommunen z.B. veranlassen könnte, sich in diesem Feld zu engagieren – das hätten sie im Übrigen in Zeiten, in denen die Haushaltsengpässe noch nicht so sehr an der Tagesordnung waren, durchaus tun können.

Wir haben es hier also mit einem der gar nicht so zahlreichen Felder in der Gesellschaft zu tun, in dem ein solcher Dienst keine negativen Auswirkungen auf geregelte Beschäftigung haben dürfte. Auch aus diesem Grund kann ich als Gewerkschafterin den »Tafeln« viel abgewinnen.

Was Tafeln leisten können

Und natürlich muss man begrüßen, dass die »Tafeln« eine Infrastruktur aufgebaut haben, die der Verschwendung Einhalt gebietet. Und dabei spreche ich nicht nur von der Verschwendung von Lebensmitteln: Ich habe mich im Saarland davon überzeugen können, welcher Sorgfalt, Nachhaltigkeit und Professionalität es bedarf, einen Abhol- und Verteilungsdienst für die abgelaufenen oder nur noch wenige Tage handelbaren Lebensmittel zu organisieren und dauerhaft aufrecht zu halten. Denn die Produkte drohen natürlich auch bei den »Tafeln« zu verderben: Sie müssen also schnellstens abgeholt und umgehend an die VerbraucherInnen gebracht werden. Das hatte ich mir jedenfalls einfacher vorgestellt, als es in Wirklichkeit ist.

Ich habe dabei Menschen kennengelernt, die als RentnerInnen oder PensionärInnen all ihr im Beruf erworbenes betriebs-

wirtschaftliches, prozessorganisatorisches oder logistisches Knowhow einsetzen und viel freie Zeit dazu, denn hier muss das ehrenamtliche Engagement nicht ad hoc, sondern mit Verlässlichkeit erbracht werden. Ich habe Menschen getroffen, die in dieser Aufgabe geradezu aufgeblüht sind und Höchstleistungen zustande gebracht haben, die sie vielleicht im Beruf niemals hatten unter Beweis stellen können.

Man wundert sich nämlich, wie viele ArbeitnehmerInnen sich in ihrem jeweiligen Beruf unterfordert fühlen, wie viele darüber klagen, dass ihre Talente und Fähigkeiten während des Erwerbslebens oftmals gar nicht abgerufen werden! Mancher oder manche erfährt ihre Tätigkeit für die »Tafel« als absolut sinnvoll – eine Erfahrung, die vielen im Berufsleben vorenthalten bleibt!

Verschwendet werden in unserer Überflussgesellschaft nicht nur Lebensmittel, sondern auch die Kompetenzen, Qualifikationen und Erfahrungen von Menschen. Natürlich ist es zu kritisieren, dass manche erst im Alter, außerhalb der Erwerbsarbeit, dazu kommen, all das für sie selbst sinnvoll einsetzen zu können. Aber es ist schön, dass die »Tafeln« hier Betätigungschancen bieten, die viele lange entbehren mussten.

Ich durfte erleben, dass hier Eigeninitiative, Selbstorganisation, Verantwortlichkeit gefragt sind, die in unserer Arbeitswelt viel zu oft in Bürokratie, Hierarchien und Bevormundungsverhalten erstickt werden. Das kann man nur begrüßen.

Und damit es ganz klar ist: Hier gilt das gleiche wie bei der Sozialstaatsfrage: Eigentlich dürfte es diese Situation gar nicht geben. Deshalb werden Gewerkschaften weiter dafür kämpfen, dass »gute« Arbeit in der Erwerbsarbeit stattfindet, dass sie der Normalfall ist und nicht die Ausnahme, wie der DGB-Index »Gute Arbeit« seit ein paar Jahren immer wieder belegt. Wir werden uns nie mit einer Situation zufrieden geben, in der menschliche Entfaltung, Teilhabe, Selbstverwirklichung und Sinnerfahrung beim Betreten der Arbeitsstätte ad acta gelegt und auf die Freizeit und das Familienleben oder gar auf den Ruhestand verschoben werden.

Aber diesen Kampf zu führen, wird nicht dadurch erleichtert, dass wir »gute« Arbeit im Ehrenamt ablehnen. Deshalb: Auch wenn es sie »eigentlich« nicht geben dürfte: Ich bin auch als Gewerkschafterin eine Anhängerin der »Tafeln«.

